

## RECHTSKRAFT RÜCKWIRKEND SEIT 2003 GEFORDERT

Besonders wichtig ist darüber hinaus, dass der Gesetzentwurf nicht – wie häufig – ab dem Tag der Verkündung Geltung erreichen soll, sondern rückwirkend seit dem Jahr 2003. In diesem Jahr wurde eine entsprechende europäische Richtlinie verabschiedet, die die neue vorgesehene Gleichbehandlung geboten hätte.

## CDU/FDP-LANDESREGIERUNG BLOCKIERT

Die CDU/FDP-Landesregierung hat nun in der Folge ein eigenes Gesetz vorgelegt, das sich zwar an dem Entwurf der SPD orientiert, in seiner Reichweite aber stark begrenzt ist. Insbesondere sind keine berufsständischen Regelungen getroffen worden. Auch sieht der Entwurf keine Rückwirkung vor, und er verweigert den gesellschaftlichen Diskurs in der Schule.

## SPD SETZT SICH WEITER FÜR STÄRKERE GLEICHSTELLUNG EIN

Die SPD-Fraktion wird dennoch im weiteren Gesetzgebungsverfahren versuchen, die eigenen, weitergehenden Vorschläge durchzusetzen. Genauso setzen wir uns in der laufenden Legislaturperiode tatkräftig in allen Bereichen für eine gerechte Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft ein und sind gerne jederzeit Ansprechpartner. Es gilt: Die SPD kümmert sich!

## ARBEITSKREIS RECHT UND INTEGRATION (RIA)

Das breite Tätigkeitsfeld des Arbeitskreises umfasst Angelegenheiten der einzelnen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaften, Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft und der Notare, Grundsatzfragen der Kriminalprävention, die Umsetzung von Rechtsgebieten wie Zivilrecht und Strafrecht, Ausbildung juristischer Berufe, Integration und Migration.



Heike Hofmann



Heike Habermann



Brigitte Hofmeyer



Marius Weiß

Rechtspolitische Sprecherin und Vorsitzende des Arbeitskreises ist Heike Hofmann. Stellvertretender Arbeitskreisvorsitzender ist Marius Weiß.

Ansprechpartner für den Arbeitskreis Recht ist Ralf Sturm, Parlamentsreferat II, Tel.: (0611) 350-508, r.sturm@ltg.hessen.de.



SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
V. i. S. d. P.: Gert-Uwe Mende, Petra Tursky-Hartmann  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
[www.spd-fraktion-hessen.de](http://www.spd-fraktion-hessen.de)

# HESSENGERECHT.



## LEBENSPARTNERSCHAFTSGESETZ

FÜR EIN TOLERANTES UND WELTOFFENES HESSEN.



## EIN OFFENES UND TOLERANTES HESSEN FÜR ALLE

Hessen vorn – dies gilt auch bei einer modernen und offenen Gesellschaftspolitik. Die SPD-Fraktion setzt sich für ein tolerantes und weltoffenes Hessen ein, indem Vorurteile und Benachteiligungen gegenüber Menschen mit einer anderen Sexualität abgebaut werden. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die

Beendigung der rechtlichen Diskriminierung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft im hessischen Landesrecht. Mit unserem im September 2009 in den Hessischen Landtag eingebrachten

Lebenspartnerschaftsgesetz wollen wir endlich den rechtlichen Rahmen für gleiche Rechte und gleiche Behandlung schaffen. Die CDU/FDP-Landesregierung wurde damit zum Handeln aufgefordert!

*Th. Schäfer*  
THORSTEN SCHÄFER-CUMBEL SPD-FRAKTIONS-VORSITZENDER



## HISTORIE

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist unter der rot-grünen Koalition in Berlin im Jahre 2001 als neues Institut der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft eingeführt worden. Dadurch wurde eine über lange Zeit bestehende Diskriminierung endlich beendet. Im Jahr 2005 ist das Institut in seinen Rechten und Pflichten erweitert worden.

Die Gesetze betrafen jedoch nur die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers sowie die an ihn gebundenen Verwaltungen. Die 16 Landesgesetzgeber sind seitdem aufgefordert, entsprechende eigene Gesetze zu erlassen. Viele Länder sind dem bereits nachgekommen. Hessen blieb bisher untätig. Die CDU unterband alle Ansätze und hat jahrelang die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher und nicht gleichgeschlechtlicher Paare verhindert. Erst aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts gab die CDU ihre Blockadehaltung auf. Die SPD-Fraktion hat nun ein „Gesetz zur Antidiskriminierung und zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht“ für eine weitgehende Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe in den Hessischen Landtag eingebracht.



## DIE SPD STEHT FÜR EIN DISKRIMINIERUNGSFREIES HESSEN

Der von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf steht fest in der Tradition eines weltoffenen und toleranten Hessens. Seit Jahren steht die SPD für den Abbau von Diskriminierungen in der Gesellschaft und damit auch für eine rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Dies mit Blick auf die Rechte, aber auch auf die korrespondierenden Pflichten.



## WEITE REGELUNGSWEITE

Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Entwurf bewusst auf eine sehr weite Regelung geachtet. Nur auf diese Weise kann eine ungerechtfertigte Benachteiligung gegenüber der Ehe abgebaut werden.

Der Entwurf sieht unter anderem Änderungen und Erweiterungen vor für:

- das Beamten- und Versorgungsrecht,
- die Mitwirkungsrechte des Lebenspartners/der Lebenspartnerin,
- die Anhörungsrechte des Lebenspartners/der Lebenspartnerin,
- die Befangenheits- und Ausschließungsregelungen,
- das Recht der Versorgungswerke der freien Berufe.

## DIE SPD SETZT SICH WEITER FÜR EINE STÄRKERE GLEICHSTELLUNG EIN

Die SPD-Fraktion wird dennoch im weiteren Gesetzgebungsverfahren versuchen, die eigenen, weitergehenden Vorschläge durchzusetzen.

HESSENGERECHT.

